

20 Jahre Eins – *musst es Liebe sein?*



**2023 – Rückblick auf 20 Jahre
Gemeindegebietsreform**

Programm

Freitag, 24. November 2023 | 18 Uhr

Musikalische Einleitung durch Stephan Wapenhans
Eröffnung und Begrüßung durch Bürgermeisterin Sabine Löser

Szenische Einleitung zu Podium 1

Podium 1: **Bestandsaufnahme von 1990 bis 2003 –
Warum überhaupt eine Gemeindegebietsreform und wer mit wem?**

Dr. Rita Nachtigall (Amt Rüdersdorf)

Adelheid Bufe (Amt Rüdersdorf)

Monika Döppner-Smyczek (Hennickendorf)

Nikolaus Kaps (Herzfelde)

Gerald Musehold (Lichtenow)

Gunter Fritsch (Landrat Märkisch-Oderland)

Szenische Einleitung zu Podium 2

Podium 2: **Wir gemeinsam – was waren die Hoffnungen in die,
aber auch die Sorgen vor der „neuen“ Gemeinde?**

Gunter Fritsch (Landrat Märkisch-Oderland)

Lilli Lehmann (Hennickendorf)

Marlene Kersten (Herzfelde)

Alexander Bredereck (Lichtenow)

Szenische Einleitung zu Podium 3

Podium 3: **20 Jahre eins – es war nicht alles schlecht, oder?**

Sabine Löser (Bürgermeisterin)

André Schaller (Landtagsabgeordneter)

Ronny Neumann (Rüdersdorf)

Monika Döppner-Smyczek (Hennickendorf)

Tobias Zorn (Herzfelde)

Herbert Peschke (Lichtenow)

Ausklang mit Musik und Häppchen



Liebe Gäste,

vor 20 Jahren war Gerhard Schröder noch Bundeskanzler und Johannes Rau Bundespräsident, Jan Ulrich wurde zum Sportler des Jahres gekürt. Es gab den letzten kommerziellen Flug der Concord, der letzte VW Käfer rollte vom Band und die WHO rief wegen eines für die Allgemeinheit noch unbekanntem, aus Asien kommenden, Virus eine SARS-Epidemie aus. In der Folge brauchte es 14 Jahre, um den BER fertigzustellen und mit 16 Jahren Amtszeit prägte Angela Merkel als Kanzlerin eine ganze Ära. „Wir wurden Papst“ und Barack Obama Präsident der Vereinigten Staaten, der einer ganzen Generation Hoffnung gab, Fukushima läutete das Aus für die deutschen Kernkraftwerke ein. Alles Ereignisse und Namen, die in unserem historischen Gedächtnis durchaus eine Rolle spielen, gleichsam wenig tägliche Präsenz genießen.

Umso bemerkenswerter ist es, dass 20 Jahre unserer schnelllebigen Zeit offenbar nicht genühten, ein lokales Ereignis vergessen zu machen und alle Wunden zu heilen, die die Gemeindegebietsreform aufgerissen hat. Vielmehr brannte sie sich tief ins kollektive Gedächtnis unserer Ortsteile ein. Eine Reform vom Amt Rüdersdorf mit amtsangehörigen Gemeinden hin zur Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin, die so von vielen Menschen vor Ort nicht gewollt war, per Gesetz jedoch beschlossen wurde.

Ich freue mich, dass Sie heute unserer Einladung gefolgt sind und an unserer Podiumsdiskussion teilnehmen. Wir möchten den Abend nutzen, um einerseits die Zeit zu rekapitulieren und zu versuchen zu verstehen, warum der gewünschten Form der Gemeindebildung „aus Gründen des Allgemeinwohls“ damals nicht stattgegeben werden konnte. Andererseits scheint es mir noch viel wichtiger, dass wir gemeinsam den Blick nach vorne richten und darüber miteinander ins Gespräch kommen, wie wir die nächsten Jahre und Jahrzehnte gemeinsam – als eine Gemeinde – bestreiten können. Als eine Gemeinde, in der sich jeder Ortsteil repräsentiert, wertgeschätzt und verstanden fühlt. Lassen Sie uns gemeinsam Antwort auf die Frage finden, was zu tun ist, damit wir, bei aller notwendigen und wichtigen Eigenständigkeit, als Gemeinde gleichwohl zu einem „Wir-Gefühl“ gelangen.

Ich wünsche uns, dass die heutige Veranstaltung einen kleinen Beitrag dazu leisten kann und freue mich auf anregende Gespräche und aufschlussreiche Erkenntnisse.



Sabine Löser

Sabine Löser

Bürgermeisterin der
Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin

Historie

■ 19.06.1992 | Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Bildung des Amtes Rüdersdorf



1. Kommunalpolitischer Silvester Fröhschoppen 1993 in Lichtenow

| | | | | |
|---|--|------------------------------------|---|--|
| Wilfried Kroll Bürgermeister Rüdersdorf | Wolfgang Paschke Bürgermeister Hennickendorf | Fr.Dr.Nachtigall Amtsdirektorin | Gerald Musehold Bürgermeister Lichtenow | Klaus Kaps Bürgermeister Herzfelde |
|---|--|------------------------------------|---|--|

■ 11.11.1997 | Willensbekundung der Gemeindevertretung der Gemeinden Hennickendorf, Herzfelde, Lichtenow zur einvernehmlichen Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bildung des Amtes Rüdersdorf

„Wir gehören doch zusammen“

Hennickendorf für Zusammenschluss mit Herzfelde und Lichtenow / Smyczek: „Wir haben ganz andere Bedürfnisse als Rüdersdorf“

Rüdersdorf (MOZ) Gemeindegebietsreform – das Wort allein bietet momentan Zündstoff. Wird es eine amtsfreie Gemeinde in den Grenzen des Amtes geben oder wird sich eine Drei-Dorf-Gemeinde bilden? Während alle nach Herzfelde blicken und auf deren Entscheidung warten, hat Hennickendorf bereits seinen Standpunkt gefunden. DOMINIQUE HENSEL sprach mit Bürgermeister Wolfgang Paschke und Monika Smyczek, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins.

Welchen Weg favorisiert Hennickendorf?

Monika Smyczek: Der Wunsch der Bürger ist eindeutig. Sie wollen den Zusammenschluss mit Herzfelde und Lichtenow und bloß kein erneutes Zusammengehen mit der großen Gemeinde Rüdersdorf. Die Verbindungen zu Lichtenow und Herzfelde sind doch schon sehr groß. Potsdam will starke Kommunen, die sich selbst helfen können. Was wollen die Rüdersdorfer Amtsgemeinden? Was will Hennickendorf?

Wolfgang Paschke: Brandenburg ist nun mal ein Land mit vielen historisch gewachsenen, kleinen Gemeinden. Es wird jetzt gesagt, die Kommunen im Land wären zu finanzschwach. Aus zwei Armen wird doch nach der Hochzeit nicht ein reiches Paar. Ich

verstehe diese Rechnung nicht und halte deshalb persönlich von der Reform nichts.

Warum lehnen Sie einen Zusammenschluss mit Rüdersdorf ab?

Monika Smyczek: Wir haben ganz andere Bedürfnisse als das große Rüdersdorf. Straßenbahn, Museumspark und Kulturhaus – wenn es zu dem Zusammenschluss kommt, bluten wir finanziell mit und dann bleibt nicht mehr viel für anderes übrig. Wenn wir uns außerdem die Zahl der Gemeindevertreter ausrechnen und den Anteil der kleinen Gemeinden, dann sind wir nicht einmal in allen Ausschüssen vertreten, um mitreden zu können.

Wolfgang Paschke: Wenn wir zusammengeschlossen werden, sind wir nur noch ein Ortsteil wie Tasdorf.

Woher dieses Misstrauen?

Wolfgang Paschke: Die Verwaltung hat sich zu sehr verselbstständigt.

Monika Smyczek: Als das Amt entstanden ist, gab es Diskussionen und Bedenken, die sich leider bestätigt haben. Vielleicht haben wir damals auch selbst nicht die richtige Entscheidung getroffen. Wir wollen einen ähnlichen Fehler nicht wiederholen. Das Amt sollte eine Dienstleistungsgesellschaft für die Gemeinden sein. Leider ist das oft nicht so.

Das würde bedeuten, dass es mit einer zusätzlichen Verwaltung mehr Bürokratie gibt. Ziel der Gemeinde-

reform ist aber weniger Verwaltung. Wie verträgt sich das?

Monika Smyczek: Es muss unserer Auffassung nach keine neue Verwaltung entstehen. Sie müsste nur geteilt werden. Rüdersdorf allein kann sich keine so große Verwaltung leisten.

Wo hätten Sie denn Platz für eine Drei-Dorf-Verwaltung?

Wolfgang Paschke: Die Verwaltung soll, wenn es denn so wird, in Herzfelde sitzen. Da sind Räume in der jetzigen Grundschule vorhanden, die nach einer Sanierung dementsprechend genutzt werden könnten.

Geht Ihre Rechnung noch auf, wenn es Herzfelde doch noch nach Rüdersdorf zieht?

Monika Smyczek: Wenn Herzfelde wirklich nach Rüdersdorf gehen würde, hätten wir ein echtes Problem.

Wolfgang Paschke: Dann müssten wir uns neu orientieren.

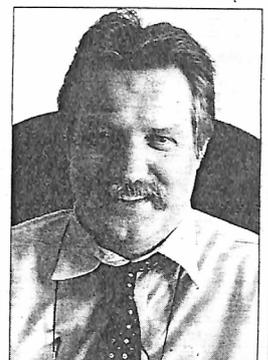
Wohin?

Wolfgang Paschke: Vielleicht in Richtung Märkische Schweiz, Rehfeld vielleicht. Darüber denken wir aber nur nach, wenn es wirklich sein muss. Denn es gibt gewachsene Verbindungen mit Herzfelde. Wir gehören doch schon durch die Geschichte der Baustoffindustrie zusammen.

Würden Sie leichten Herzens auf die Kopfpfand verzichten, um Zeit zum Nachdenken zu gewinnen, oder sind Sie wie Rüdersdorf dafür, die



Monika Smyczek MOZ-Fotos (2): Hensel



Wolfgang Paschke

ganze Angelegenheit schnell vom Tisch zu bringen?

Monika Smyczek: Wir wollen uns freiwillig entscheiden, sind jedoch darauf angewiesen, welche Position Herzfelde bezieht. Natürlich nehmen wir das Geld mit, wenn es geht. Wir hätten auch schon eine Idee, was wir damit machen könnten: die neue Verwaltung aufmöbeln.

Wolfgang Paschke: Die Kopfpfand steht bei dieser Entscheidung für mich

nicht im Vordergrund. Trotzdem drängt die Zeit, damit die Gemeinden eine Perspektive für die Zukunft sehen und handlungsfähig bleiben.

Eine öffentliche Informationsveranstaltung zur Gemeindegebietsreform findet heute, 19 Uhr, in der Aula der Gesamtschule statt. Als Gäste sind Dr. Markus Grünewald vom Innenministerium des Landes und Gunter Fritsch, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, geladen.

Stoppstein aus Potsdam für angestrebten Dreibund

Innenministerium: Zusammenschluss ohne Rüdersdorf nicht genehmigungsfähig

Von THOMAS BERGER

Rüdersdorf. So sehr sich Hennickendorf, Lichtenow und einige Herzfelder auch anstrengen und zum Teil auch den Weg in die Richtung eingeschlagen haben – ein Zusammenschluss steht in den Sternen. Denn selbst ein gültiges Bürgervotum würde den zuständigen Stellen in Potsdam nicht genügen.

„Die Dreier-Variante aus Hennickendorf, Herzfelde und Lichtenow hat keine Chance, weil sie nicht leitliniengerecht ist. Das Innenministerium wird keiner Entscheidung zustimmen, die eine zusätzliche Ver-

waltungsgliederung entstehen lässt“, macht Bettina Cain aus der Ministeriums-Pressestelle unmissverständlich klar. Sei es doch gerade Ziel der Gemeindegebietsreform, durch die Zusammenlegung Verwaltungskosten einzusparen.

Selbst gültige Wegzeichen wie das Bürgerbegehren in Herzfelde seien kein ernsthaftes Hindernis. Ob die Abstimmung wirklich gültig sei, müsse erst noch geprüft werden, da ja noch nicht über einen Vertragsentwurf entschieden, sondern lediglich die Stimmung zu den beiden Varianten mit und ohne Rüdersdorf ermittelt wurde. Insoweit wäre es kein Problem, wenn die Gemeindevertreter ein solches „Befragungsergebnis“

ignorierten und weiter eigene Wege beschritten.

Grundlage vor allem jedes die Gemeinden bindenden Bürgerentscheid sei zunächst die Einigung der Ortsparlamente über die Modalitäten des Zusammenschlusses, erläutert Bettina Cain gegenüber der MOZ. „Erst muss der Vertrag zwischen den potenziellen Partnern ausgehandelt werden, danach kann man die Einwohner darüber abstimmen lassen, ob sie mitgehen.“ Im Notfall, gesteht sie ein, waren alle Bemühungen vergeblich, wenn die Wahlberechtigten dem so weit vorbereiteten Schritt ihre Zustimmung versagten.

Für das Amt Rüdersdorf bedeuten die Regelungen und Richtlinien ein Problem, da man sich in den vier derzeit amtsangehörigen Gemeinden eben nicht einig ist. Durchsetzungsfähig aus Potsdamer Sicht ist nach den Worten der Pressemitbeiterin ohnehin nur die Umwandlung in eine amtsfreie Gemeinde Groß-Rüdersdorf. Da sich aber nicht nur die Bürgerschaft in den drei kleineren Orten, sondern auch die Gemeindeparlamente von Hennickendorf und Lichtenow dagegen stellen, bleibt wahrscheinlich nur abzuwarten, dass ein solcher Zusammenschluss „von oben“ verfügt wird.

Gegenwärtig besteht die theoretische Möglichkeit, dass sich bei dem angestrebten Doppel-Bürgerentscheid in Herzfelde für beide Varianten eine ausreichende Mehrheit findet. Soll den Einwohnern doch nach dem im Dezember gefassten Kompromissbeschluss der Gemeindevertreter ein Zettel mit zwei sich de facto widersprechenden Fragen vorgelegt werden. Die eine stellt nach dem für rechtmäßig befundenen Bürgerbegehren der Bürgerinitiative das Zusammengehen mit Hennickendorf und Lichtenow zur Wahl. Die andere erfragt die Zustimmung für den in Rüdersdorf und Potsdam geplanten Viererbund.

Ein nicht auszuschließendes Ergebnis mit doppelter Mehrheit wird aber kaum eintreten. Nach Aussage der Ministeriumssprecherin nämlich könnte die Kreisverwaltung das Verfahren bereits vorher stoppen. Ist doch der Vertragsentwurf, der für die eine wie für die andere Variante Grundvoraussetzung einer Abstimmung sei, noch längst nicht ausgehandelt.

Kommentar

THOMAS BERGER



Ob freiwillig oder verordnet – wenn nur leitliniengerecht

Bisher haben sich die Potsdamer Vertreter immer höchst diplomatisch versteckt geäußert. Doch die Worte aus der Pressestelle des Brandenburger Innenministeriums sind deutlich und unverbrämt: Grünes Licht für einen Dreierbund aus Herzfelde, Hennickendorf und Lichtenow wird es nicht geben.

Die Lage ist verfahren. Und insbesondere Herzfelde hatte gehofft, mit dem Doppel-Bürgerentscheid im Frühjahr ein klares Votum zu erhalten. Wonach man dann, eine Mehrheit vorausgesetzt, an die Aushandlung der genauen Bedingungen hätte gehen können. Doch so herum, sagt Potsdam, wird kein Schuh daraus.

Ein Viererbund auf Basis des jetzigen Amtes, nur das zählt für das Innenministerium. Bürgermeinung hin oder her. Selbst den Fall gesetzt, es käme überhaupt

zu Abstimmungen – dann werden sie mit Verweis auf die Leitlinien eben einfach für ungültig erklärt. „Überzeugungsarbeit“ müsse man leisten, so die Ministeriumssprecherin im Telefonat mit der MOZ. Den Bürgern der drei kleineren Orte müsse man nahe bringen, „dass ein Zusammengehen mit Rüdersdorf Vorteile hat“.

Sollten die Hennickendorfer, Lichtenower und Herzfelder dabei zu begriffsstutzig sein, gäbe es eine einfache Lösung des Problems: Warten, bis in einem Jahr die Phase der Freiwilligkeit ohnehin vorbei ist. Ob freiwillig oder notfalls per Verwaltungsakt scheint den Verantwortlichen in Potsdam bezüglich einer Hauptsache leitliniengetreuen Lösung egal zu sein. Für den Bürger drängt sich da die Vermutung auf, dass seine Meinung gar nicht zählt. Dem Demokratiebewusstsein vor Ort jedenfalls ist die Potsdamer Sicht nicht förderlich.

Gemeindevertreter stimmen für Rüdersdorf

Herzfelder Abgeordnete zur Gemeindegebietsreform

Herzfelde (dh/MOZ) Die Herzfelder Gemeindevertreter befürworten mehrheitlich einen Zusammenschluss mit Rüdersdorf, Hennickendorf und Lichtenow. Eine so lautende Willensbekundung zur Gemeindegebietsreform wurde am Donnerstag auf der Gemeindevertreterversammlung gefasst. Vier Abgeordnete stimmten dagegen, während sich sechs dafür aussprachen.

In Anwesenheit des Lichtenower und Rüdersdorfer Bürgermeisters und fast 60 interessierten Bürgern hatte Adelheid Bufe, stellvertretende Amtsdirektorin, zuvor die Pro-Kopf-Prämien bei einem Dreierbund mit Lichtenow und Hennickendorf genannt. Im Gegensatz nannte sie die Zahl bei einem Zusammenschluss mit allen amtsangehörigen Gemeinden, also einschließlich Rüdersdorf, die mehr als viermal so hoch ist.

Steuern verglichen, Argumente getauscht

Im Anschluss hatten die Gemeindevertreter nochmals die verschiedenen Meinungen dargestellt. Steuereinnahmen wurden vergli-

chen, Argumente ausgetauscht. Die Bürger hörten aufmerksam zu, quittierten das Gesprochene mit Applaus oder Zurufen, die Herzfeldes stellvertretende Bürgermeisterin Gesa Soballa mit Hinweis auf die Geschäftsordnung unterband.

Vor der Tür äußern Bürger Unverständnis

Nach der Abstimmung zu diesem Thema verließen weit mehr als die Hälfte der anwesenden Bürger die Versammlung. Vor der Tür tauschten sie ihre Meinung aus. Dabei kam ihr Unverständnis über die Entscheidung ihrer gewählten Vertreter zum Ausdruck.

Nach der Willensbekundung der Gemeindevertreter müssen laut Gesetz nun die Bürger befragt werden. Ihnen wird diese am Donnerstag gefasste Willensbekundung zur Entscheidung vorgelegt. Die Willensbekundung und das Ergebnis des Bürgerentscheids gehen dann zum Innenministerium nach Potsdam.

Bei gegenteiligen Meinungen wird in der Landeshauptstadt seitens des Ministeriums die weitere Verfahrensweise festgelegt.

Tag der Entscheidung am 8. April

Rüdersdorf (bg) Die Gemeinden im Amt Rüdersdorf beschreiten weiter den Weg der kommunalen Neugliederung. Wie Amtsdirektorin Dr. Rita Nachtigall im Nachtrag auf den gestrigen MOZ-Beitrag mitteilt, liege der Antrag von Rüdersdorf auf Wiederherstellung der Eigenständigkeit bis spätestens 15. März nun offiziell im Innenministerium vor. Die Gemeindevertreter hatten dazu bereits am 30. November 2000 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

„Wenn ein solches Gebilde nicht funktioniert, warum sollte man es dann künstlich am Leben erhalten?“, fragt die Amtsdirektorin mit Blick auf das Potsdamer Drängen in Richtung eines Vierer-Bundes. Im privaten Leben sei es ja auch so, dass man sich trenne, wenn das Zusammenleben absolut unmöglich geworden sei. Die Frage sei, so Nachtigall, „ob eine Leitlinie auch gemeinwohl-unverträgliche Dinge festschreiben darf“. Man dürfe die Sachlage nicht zu einseitig und eng betrachten, merkt sie an. Warum Rüdersdorf mit knapp 11 000 Einwohnern nicht eigenständig existieren könne, habe ihr bisher niemand sagen können.

Termin vom Landrat festgelegt

Auch beim angestrebten Dreierbund Herzfelde/Hennickendorf/Lichtenow geht es voran. Der Termin für den Doppel-Bürgerentscheid in Herzfelde ist vom Landrat auf den 8. April festgelegt worden. „Wir hätten fristgemäß auch schon eine Woche früher gekonnt, wollten die Abstimmung aber nicht etwa als Aprilscherz erscheinen lassen“, macht Rita Nachtigall deutlich. Ziel sei nun, die Bürgerentscheide in Hennickendorf und Lichtenow am gleichen Tag abzuhalten. Am morgigen Donnerstag steht das Thema in den Gemeindevertretungen beider Orte noch einmal zur Entscheidung. Aus der engen Kontakt mit der Kommunalaufsicht überarbeiteten Beschlussvorlage ist ein strittiger Passus entfernt worden, der den Landrat zur Anfechtung der ersten Entscheidung durch die Ortsparlamente veranlasst hatte. Die 70-Tage-Frist bis zum Datum der Abstimmung durch die Bürger sei nun immer noch gewahrt.

Märkische Oderzeitung,
10.01.2001

Märkische Oderzeitung, 21./22.10.2000

Das genaue Ergebnis

Zahlen aus Lichtenow und Hennickendorf

Rüdersdorf (Iv./MOZ) Das offizielle Auszählungsergebnis des Wahlausschusses des Amtes Rüdersdorf liegt nach dem Bürgerentscheid vom Sonntag (MOZ berichtete) nun vor.

Von den 2680 abstimmungsberechtigten Hennickendorfern nahmen 1367 teil. Laut Wahlordnung hätten bei einem Bürgerentscheid 25 Prozent an der Abstimmung teilnehmen müssen, das wären 670 Bürger gewesen. Sieben ungültige Stimmen wurden gezählt, 1266 Bürger stimmten mit Ja, 94 mit Nein. Die Mehrheit der gültigen Stimmen entschied sich

also für das Zusammengehen von Lichtenow, Hennickendorf und Herzfelde nach der Amtsauflösung.

In Lichtenow hätten von den 407 Wahlberechtigten mindestens 102 (25 Prozent) an der Abstimmung teilnehmen müssen. An die Urne getreten waren tatsächlich 277. Bei zwei ungültigen Stimmen votierten 194 Lichtenower für den Zusammenschluss und 81 dagegen.

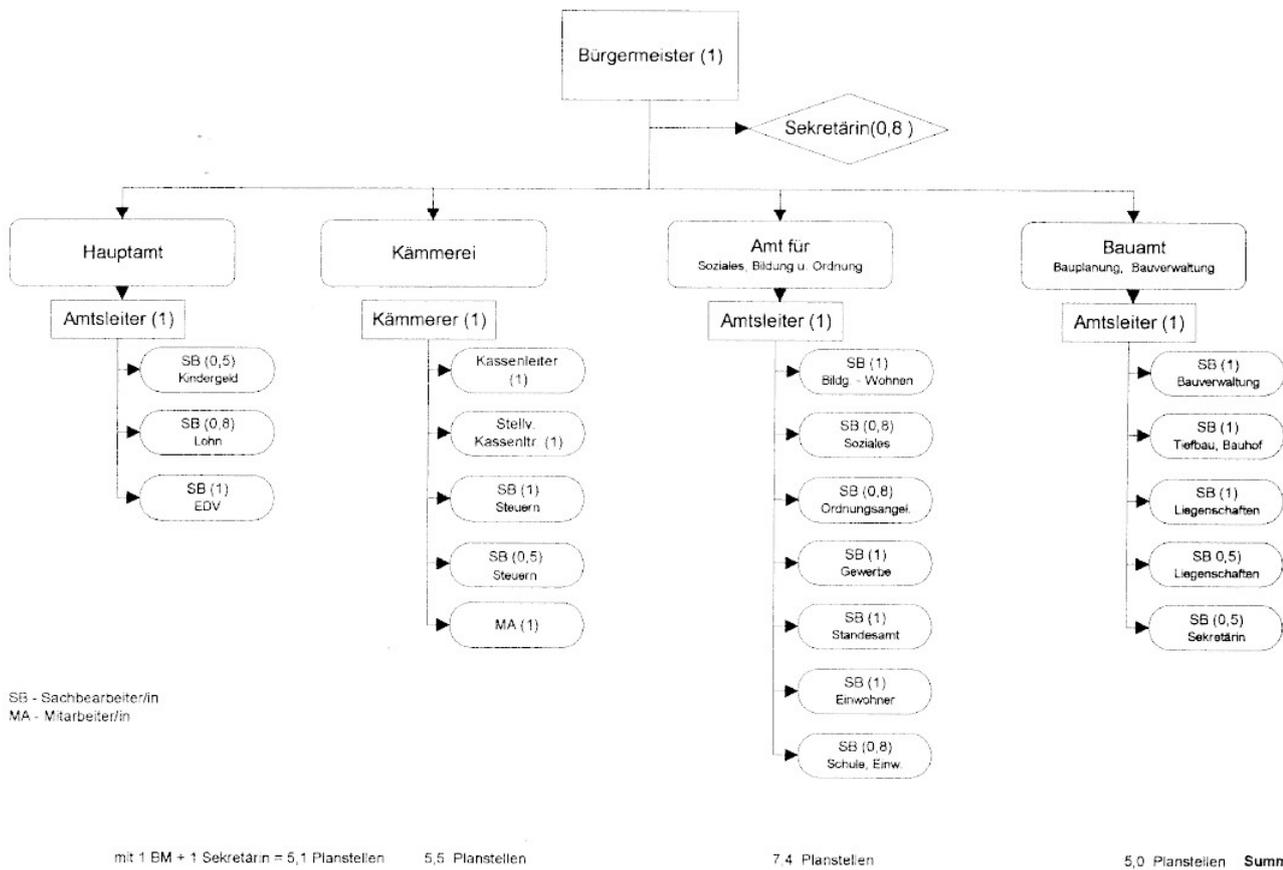
Mit diesen Ergebnissen, so erklärt Abstimmungsleiterin Adelheid Bufe, ist in beiden Gemeinden der Bürgerentscheid angenommen worden.

Großgemeinde ohne Rüdersdorf

Herzfelde (MOZ) 463 Herzfelder haben am Sonntag bei Bürgerentscheid für die „Bildung einer amtsfreien Gemeinde durch den Zusammenschluss der Gemeinden Herzfelde, Hennickendorf und Lichtenow mit Verwaltungssitz in Herzfelde“ gestimmt. Wie der Wahlausschuss des Amtes Rüdersdorf weiter mitteilte, liegt die Zahl der Nein-Stimmen bei 247. Insgesamt 734 von 1419 Abstimmungsberechtigten haben am Bürgerentscheid teilgenommen. 24 Stimmen seien ungültig gewesen.

Für die Bildung einer amtsfreien Gemeinde durch Zusammenschluss der Gemeinden Rüdersdorf, Herzfelde, Hennickendorf und Lichtenow stimmten hingegen nur 286 Herzfelder. 413 votierten mit Nein. 35 Stimmen waren ungültig.

Märkische Oderzeitung, 10.04.2001 und 10.07.2001

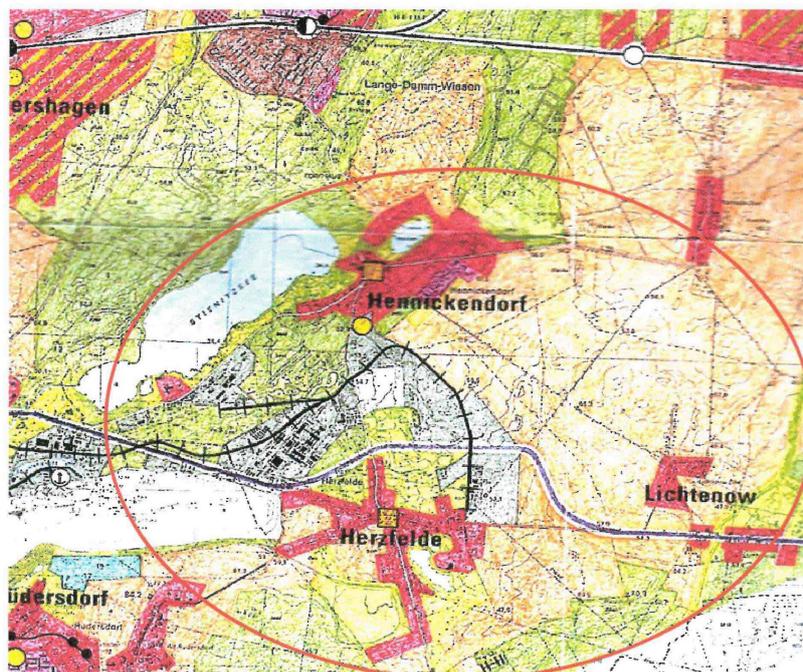


■ **14.11.2001** | Beratung der Arbeitsgruppe zur Struktur

■ **12.12.2001** | Der Kreistag MOL befürwortet den Zusammenschluss von Herzfelde, Hennickendorf und Lichtenow

■ **14.01.2002** | Herzfelde, Hennickendorf und Lichtenow unterzeichnen Gebietsänderungsvertrag zum Zusammenschluss zur amtsfreien neuen Gemeinde Niederbarnim

Amtsfreie Gemeinde Niederbarnim



Historisch gewachsen auch in Zukunft erfolgreich

Amtsauflösung – Scheiden tut weh

Wirtschaftsprüfer soll Streit vermeiden helfen

Von IRINA VOIGT

Rüdersdorf (MOZ) Nach der Unterzeichnung des Gebietsänderungsvertrages zwischen dem Amt und der künftigen Gemeinde Niederbarnim steht nun die Erarbeitung der Auflösungsvereinbarung zur Debatte. Die erste gemeinsame Verhandlung über die Aufteilung des Vermögens des Amtes Rüdersdorf scheiterte.

Scheiden tut weh, denn auseinander rechnen, was acht Jahre zusammengeführt wurde, scheint nicht einfach zu sein. Schon die erste Zusammenkunft von Vertretern aus Rüdersdorf, Hennickendorf, Herzfelde und Lichtenow war bereits, als es darum ging das Vermögen der Amtsfeuerwehr gerecht aufzuteilen, bald zu Ende. Über den Streit, der dabei entstand, berichtete der Lichtenower Vertreter in dieser Arbeitsgruppe, André Pietsch, auf der Zusammenkunft seines Hauptausschusses.

Rechnerisch scheint es einfach zu sein, denn vom Vermögen, das im Laufe der Jahre in das Amt zu Gunsten aller vier amtsangehörigen Gemeinden geflossen ist, stehen zwei Drittel der Gemeinde Rüdersdorf und ein Drittel der neuen, kleineren Gemeinde Niederbarnim zu.

Die Schwierigkeiten waren voraussehen, daher haben die drei kleinen Gemeinden einhellig beschlossen, einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer einzusetzen, der sozusagen in ihrem Auftrag Amtsinventur machen soll. Das Geld für seine Bezahlung wurde auch in den Haushalten eingestellt. Rüdersdorf wolle sich daran nicht be-

teiligen, hieß es im Amtsausschuss, der Anfang dieser Woche tagte.

Nachdem den Gemeindevertretern klar wurde, dass zum Beispiel Fördermittel, die in Millionenhöhe für den Bau des Amtsfeuerwehrdepots nach Rüdersdorf geflossen waren, nicht wieder in Geld zurückgerechnet werden können und somit auch nicht aufteilbar sind, konzentrieren sich die Forderungen auf das bewegliche Vermögen. Auf Fahrzeuge des Bauhofes zum Beispiel oder auf die Technik in den Amtsstuben. Noch dieses Jahr – schließlich besteht das Amt mindestens noch bis zur nächsten Kommunalwahl – sollen für die Anschaffung neuer Software und Technik im Amt 23 000 Euro ausgegeben werden. Eine Summe, die vom Hennickendorfer Bürgermeister Wolfgang Paschke genauestens hinterfragt wurde. Das Argument der amtierenden Amtsdirektorin Adelheid Buße, dass in jedem Jahr in den Vermögenshaushalt Geld fließen müsste, zog bei Monika Smyzek nicht: „Dieses Jahr der Auseinandersetzung ist eben nicht mit anderen Jahren vergleichbar. Was jetzt noch alles investiert wird, muss umständlich wieder auseinander gerechnet werden“, sagte sie.

Nachdem nun der Wirtschaftsprüfer seine Arbeit getan hat, soll sich die Arbeitsgruppe mit dessen Erkenntnissen wieder treffen. „Wir haben nicht alle Zeit der Welt“, wurde sowohl im Hauptausschuss Lichtenow als auch im Amtsausschuss zu bedenken gegeben, denn bis 31. März muss die Vereinbarung unterschrieben sein und im Innenministerium vorliegen. Zuvor müssen alle vier Gemeindevertretungen zugestimmt haben.

Märkische Oderzeitung 31.01.2002

Neugliederung

Rüdersdorf stimmt für Rüdersdorf

Rüdersdorf (bg) Die Gemeindevertreter von Rüdersdorf haben den Gesetzentwurf des Innenministeriums zur Gemeindegliederung per Beschluss mehrheitlich zur Kenntnis genommen. Mit elf zu zwei Stimmen bei sechs Enthaltungen haben die Mitglieder des Ortsparlaments dem Papier schließlich grundsätzlich zugestimmt.

Darin ist die Umbildung des gegenwärtigen Amtes zu einer amtsfreien Großgemeinde festgeschrieben, obwohl sich Hennickendorfer, Herzfelder und Lichtenower in Bürgerversammlungen für einen Dreibund mit dem Namen Niederbarnim ausgesprochen hatten. Die Rüdersdorfer sehen sich, so der Beschlusstext, in ihrer Entscheidung vom 25. Mai 2000 bestärkt. Damals hatten sie sich für die Eigenständigkeit der Gemeinde gegebenenfalls mit Aufnahme der anderen drei Kommunen ausgesprochen.

Märkische Oderzeitung 05.06.2002

Gegen Postzustellungsurkunde *vkj*

Amt Rüdersdorf
Der Amtsdirektor
Postfach 7

15558 Rüdersdorf bei Berlin

für die Gemeinden Hennickendorf, Herzfelde und
Lichtenow



Potsdam, *26* Juli 2002

**Beantragter Zusammenschluss der Gemeinden Hennickendorf, Herzfelde
und Lichtenow zur Gemeinde Niederbarnim**

Ihr Antrag vom 26. März 2002

Der Antrag der Gemeinden Hennickendorf, Herzfelde und Lichtenow, sich zur neuen Gemeinde Niederbarnim zusammenzuschließen (Antrag vom 26. März 2002) wird gem. § 9 Abs. 3 Satz 5, Abs. 1 GO **nicht genehmigt**, weil dem Vorhaben Gründe des öffentlichen Wohls entgegenstehen.

Abschied von der Eigenständigkeit mit Wein und Wehmut

Hennickendorfer feiern bei der Handwerkskammer letztes Fest als selbstständige Gemeinde / Rüdersdorfer gehen gemeinsam zum Bowling

Letztes Wort noch nicht gesprochen

Widerstand gegen die gestern in Potsdam festgeschriebenen Zwangseingemeindungen sind beschlossene Sache

Hönow/Hennickendorf (MOZ) Der Landtag hat gestern mit den Stimmen der großen Koalition aus SPD und CDU gegen die oppositionelle PDS den Schlusspunkt unter die Gemeindegliederform der Landesregierung gesetzt. Klar ist aber auch, dass damit in Märkisch-Oderland zu den nun beschlossenen Zwangseingemeindungen nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Den Rüdersdorfern ist es in gewisser Hinsicht egal, wie der Landtag entschieden hat. Ihre Rechte werden nicht angefasst. Entweder sie werden nach Amtsauflösung wieder eigenständig oder sie bekommen die bisher amtsangehörigen Gemeinden Hennickendorf, Herzfelde und Lichtenow als Ortsteile dazu.

Die drei kleinen Gemeinden allerdings haben sich seit Jahren auf die Eigenständigkeit als Gemeinde Niederbarnim vorbereitet. Alle Beschlüsse wurden gefasst, vom Innenministerium

geforderte Bürgerentscheide sprachen sich ebenfalls für eine eigene Gemeinde und gegen die Eingemeindung nach Rüdersdorf aus. In gewissenhafter Nachrechnung wurden Wirtschaftlichkeitsrechnungen für die dann 6000-Seelen-Gemeinde Niederbarnim erarbeitet, wurden Auseinandersetzungsvereinbarungen mit Rüdersdorf beschlossen.

Die Mitglieder der Hennickendorfer CDU-Ortsgruppe sehen sich von ihren Vorsitzenden tagsfraktionsmitgliedern des Landtags tatsächlich für die Zwangseingemeindung gestimmt. „Werden wir austreten“, erklärt der Ortsvorsitzende Knut Pawlack gegenüber der Zeitung.

In der Hauptausschusssitzung am Abend will sich auch die Gemeinde ähnlich positionieren und wird erwägen, ist sich Bürgermeister Wolfgang Paschke (SPD) sicher. Auf alle Fälle geht's in den Widerspruch.



Mit Trauerflor: Die Hennickendorfer Gemeindevertreter Monika Smjczek, Michael Döppner und Bürgermeister Paschke (steilpendel) trauern um ihre örtliche Selbstständigkeit. MOZ-Foto: I. Vogt

Von Irena Vogt

Hennickendorf/Rüdersdorf Abschied von ihrer eigenständigen Gemeinde haben am Freitagabend die Hennickendorfer genommen. „Feil verkaufen“, hieß es munter im Saal der Mensa der Handwerkskammer, in dem sich Gemeindevertreter, sachkundige, berufene Bürger, Vereinsvertreter, Gemeindebedienstete und Leiter von Einrichtungen auf Einladung des langjährigen Bürgermeisters Wolfgang Paschke zusammengetreten hatten.

Mit der Schließung der Wahllokale gestern Abend existiert die Gemeinde als eigenständiger Ort nicht mehr. Und so nahm Wolfgang Paschke, seit neun Jahren ehrenamtliches Ortsobhaupt, die offensichtlich vorhandene letzte Gelegenheit wahr, sich bei allen zu bedanken, die zum Gelingen in der Gemeinde beigetragen hatten.

Es gab Blumen, Gedichte, Musik und Sekt und besonders herzlichen Beifall, als Paschke mit einer übergroßen Flasche Wein allerdings mehr sportlich als nachdenklich auch die Mitarbeiter der Amtsverwaltung mit Wein und Tanz sowie die Gemeindevertreter von Rüdersdorf, Wilfried Kroll hatte sie dazu in die Freizeithalle eingeladen.



Beim Bowling dabei: Die Rüdersdorfer Bürgermeisterkandidaten André Schaller, Petra Schulz, Wilfried Kroll, Adelheid Bufe (v. l.). Foto: GMD/Gerd Märker

Märkische Oderzeitung 06.03.2002

Märkische Oderzeitung 27.10.2003

Hennickendorf will Halbmast flaggen

Verfassungsgericht hat entschieden

Rüdersdorf (ufo/MOZ) Jetzt ist es amtlich: Die Großgemeinde Rüdersdorf bleibt bestehen, die Verfassungsbeschwerden von Hennickendorf und Lichtenow gegen die Zwangseingliederung nach Rüdersdorf sind zurückgewiesen. Gestern ging im Rathaus ein Schreiben des brandenburgischen Verfassungsgerichts ein, in dem über den Beschluss informiert wird, der am 15. Dezember gefasst worden ist.

„Jetzt hat alle Spekulation ein Ende. Hätte, wenn und aber liegen hinter uns. Damit kommt mit dem neuen Jahr die Gesamtverantwortung für die Großgemeinde noch stärker zum Tragen“, kommentierte Rüdersdorfs Bürgermeister André Schaller. Er hoffe, dass das Ortsteildenkmal in den Hintergrund trete, fügte er hinzu.

Schaller hat die Ortsbürgermeister von Hennickendorf und Lichtenow zunächst telefonisch über die Nachricht informiert. Den Ortsbeiräten werde er die 22 Seiten umfassende Begründung zustellen.

Hennickendorfs Ortsbürgermeister Wolfgang Paschke zeigte sich enttäuscht, aber nicht überrascht. „Es war zu erwarten“, sagte er. Das Gericht habe nur aus der Begründung der Gebietsreform „abgeschrieben“, monierte er und kritisierte ebenso, dass die Beschwerdeführer keine Gelegenheit bekommen hätten, etwas zu dem Thema zu sagen. Ei-

ne mündliche Verhandlung hatte das Gericht für „nicht erforderlich“ gehalten. „Da hätten sie nach zweieinhalb Jahren Erfahrung mit der Zwangseingliederung Feuer gekriegt“, glaubt Paschke, die Gründe zu kennen. Man werde nun sehen, wie man mit der Situation umgehe. „Wir überlegen, uns an den Europäischen Gerichtshof zu wenden“, erklärte er. Denn das Verfassungsgericht hatte seinen Beschluss als unanfechtbar erklärt. Auf jeden Fall will Paschke bei der nächsten Veranstaltung in Hennickendorf „Halbmast und Trauerflaggen“.

Denn er erwartet jetzt eine Gangart mit weniger Rücksicht auf die kleineren Ortsteile: „Zuerst kommen die Ortsschilder weg und dann die Büros. Das war schon lange eine Forderung“, malte er schwarz und äußerte auch Bedenken hinsichtlich Wohnungsverwaltung und Schule.

Sein Lichtenower Amtskollege Herbert Peschke sieht nach der Entscheidung zwar auch die Ortsteile in einer „schwächeren Position“, plädiert aber weiter für sachliche Arbeit. „Ich werde weiter offensiv vorgehen, um was für Lichtenow zu bewegen“, kündigte er an.

Der Beschluss war für Peschke keine Überraschung: „Man musste davon ausgehen. „Es hat sich so lange hingezogen, dass eigentlich nichts anderes mehr zu machen war.“



Herausgegeben von der Gemeinde Rüdersdorf bei Berlin
anlässlich des 20. Jubiläums der Gemeindegebietsreform
(November 2023)